

Aargau

Projekt «Oase» ist im Raum Brugg einen Schritt weiter

Mit einem Gesamtverkehrskonzept will die Regierung den künftigen Verkehr im Ostaaargau in den Griff bekommen. In Baden/Wettingen ist noch sehr vieles offen, doch für den Raum Brugg beschloss der Grosse Rat Festsetzung im Richtplan.

Mathias Küng

Der Ostaaargau ist attraktiv. Die Kantonsregierung erwartet deswegen, dass dies auch in den kommenden Jahren zu einem starken Wachstum führt. Bis zum Jahr 2040 werden hier 30 Prozent mehr Menschen leben und es werde 20 Prozent mehr Arbeitsplätze geben, so die Prognose. Das Wachstum stellt denn auch hohe Anforderungen an die Mobilität von morgen. Das von ihr erarbeitete

te Gesamtverkehrskonzept (Oase) schaffe die Voraussetzungen, «dass auch 2040 gute Mobilitätsangebote für die Menschen in den Räumen Baden-Wettingen, Brugg-Windisch und unteres Aaretal verfügbar sind», argumentiert die Regierung.

Nach einer öffentlichen Anhörung über ihre auf dem Tisch liegenden Lösungsvorschläge (vgl. Box) sei die Regierung zum Schluss gekommen, dass die Richtplan-Festsetzungen für die

Zentrumsentlastung Brugg/Windisch inklusive Massnahmen der Weiterentwicklung beziehungsweise Optimierung des benachbarten Kantonsstrassennetzes sowie der Weiterentwicklung des kantonalen Radroutennetzes im Raum Brugg-Windisch nötig seien. Gestern im Grossen Rat ging es darum, die Festsetzung zu beschliessen. Im Raum Baden-Wettingen ist man noch nicht so weit, weil dort verschiedene Vorschläge (Umnutzung Hochbrücke, Bau einer neuen Limmattalbrücke, Weiterführung Limmattalbahn, Situation im Siggenthal usw.) noch sehr kontrovers diskutiert werden, und man noch nicht zu einer Festsetzung schreiten kann.

Im Grossen Rat ging es jetzt darum, ob er die Festsetzung für den Raum Brugg unterstützt oder nicht. Dabei zeigte sich, dass sich vorab SP und Grüne vehement dagegen wehren. Insbesondere SVP, FDP und Die Mitte signalisierten jedoch deutlich, dies mitzutragen. Nachfolgend bringen wir stellvertretend für die weit auseinander driftenden Lager die Haltung von Christian Keller (Grüne, klar dagegen) und von Titus Meier (FDP, klar dafür).

Grüne: Konzept gänzlich aus der Zeit gefallen

Christian Keller lehnte namens der grünen Fraktion die Vorlage ab. Mit der Ausbaustrategie des Regierungsrats liessen sich die Verkehrsprobleme nicht lösen. Offenbar habe dieser den massiven Protest im Raum Siggenthal gehört, jetzt spalte er aber das Konzept auf, so

«Schwerverkehr soll nicht mehr unser Zentrum verstopfen. Heute geht's aber erst um den Richtplaneintrag, noch nicht um einen Projektierungskredit.»

«Das Konzept scheint gänzlich aus der Zeit gefallen. Und es ist unverständlich, dass die Regierung unterschiedliche Tempi anschlagen will.»



Christian Keller, Obersiggenthal
Sprecher Grüne



Titus Meier, Brugg
Einzelvotant FDP

Parlament stimmt dem Covid-Zusatzkredit einstimmig zu

Finanzhilfen Die Covid-19-Pandemie trifft viele Betriebe im Aargau hart. Einst gesunde Unternehmen geraten in finanzielle Schwierigkeiten, weil sie behördlich geschlossen wurden und beispielsweise Fixkosten wie die Miete weiter bezahlen müssen. Um die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise abzufedern, hat der Regierungsrat das kantonale Hilfspaket Anfang März von 125 Millionen Franken auf 450 Millionen Franken aufgestockt und beschlossen, auch Zulieferer von geschlossenen Betrieben sowie Unternehmen mit grossen Umsatzeinbussen zusätzlich zu unterstützen (die AZ berichtete).

Am Dienstag war der Zusatzkredit Thema im Grossen Rat. Regierungsrat Dieter Egli sprach von einer «historischen Situation». Deshalb stelle der Regierungsrat auch einen Kreditantrag «in historischer Höhe». Die beiden beratenden Kommissionen Aufgabenplanung und Finanzen sowie Volkswirtschaft und Abgaben hatten den Zusatz-

kredit bereits vorzeitig freigegeben. Stefan Huwyler (FDP) führte namens der Finanzkommission denn auch aus, die Erhöhung des Kredits sei in der Kommission unbestritten gewesen und einstimmig gutgeheissen worden. Gestern stimmte nun auch das Parlament der Erhöhung zu – mit 133 Ja- und ohne Gegenstimmen.

Finanzhilfen sollen nicht dem Strukturerhalt dienen

Während der Eintretensdebatte betonten mehrere Fraktionen, es sei wichtig, dass mit den Finanzhilfen kein Strukturerhalt betrieben werde, sondern gesunde Unternehmen erhalten werden.

Die SVP-Fraktion hielt fest, das Wichtigste wäre eigentlich, dass die betroffenen Firmen so schnell wie möglich wieder arbeiten dürften. Auf die geltenden Einschränkungen könne der Grosse Rat aber nur bedingt Einfluss nehmen. «Umso mehr ist es unsere Pflicht, den betroffenen Unternehmen

zu helfen», sagte Markus Lüthy für die SVP.

Ralf Bucher hielt für die Mitte-Fraktion fest, das Risiko von Konkursen und steigender Arbeitslosigkeit müsse so weit als möglich minimiert werden. Deshalb sei es wichtig, dass der Kanton die finanzielle Hilfe schnell und praxisnah umsetze. Das investierte Geld sei nicht verloren, sondern bleibe im Wirtschaftskreislauf und sei entsprechend gut investiert.

Die SP-Fraktion lobte den Umsatzeintrag als «pragmatisch und gut ausgearbeitet». Die GLP-Fraktion verlangte von der Regierung eine neue Standortbestimmung Anfang Juni. Regierungsrat Dieter Egli versprach, die Regierung werde weiterhin Standortbestimmungen vornehmen und Massnahmen prüfen. Es gehe nun aber darum, ein Signal zu setzen. «Wir möchten den Aargauer Unternehmen in dieser schwierigen Zeit eine Perspektive bieten können», sagte Egli. (nla)



Mit Maske und Abstand: Der Grosse Rat tagte gestern erneut in der Umweltarena

Keller: «Es ist unverständlich, dass die Regierung unterschiedliche Tempi anschlagen will.» Keller verweist auf eine mit über 2000 Unterschriften eingereichte Petition, die sich gegen einen Schwerverkehrskorridor durch die Region wehrt: «Das Konzept scheint gänzlich aus der Zeit gefallen zu sein», kritisiert Keller weiter.

Titus Meier: ÖV-Fahrplan ist in Brugg zu Stosszeiten eine Lotterie

Ganz andere Akzente setzte Titus Meier (FDP). Er verwies auf Städte, die vom Durchgangsverkehr befreit sind, «nicht so Brugg und Windisch». Mehrfach am Tag gebe es kein Durchkommen, weil alles stehe. Das sei auch ein Problem für die Feuerwehr, wenn sie ausrücken muss. Der ÖV-Fahrplan sei zu Stosszeiten eine Lotterie. Der Durchgangsver-

kehr sei in Brugg gar höher als in Baden. Man wolle keinen neuen Schwerverkehrskorridor: «Aber wir wollen eine Lösung, dass der Schwerverkehr nicht mehr unser Zentrum verstopft.» Heute gehe es um einen Richtplaneintrag, noch nicht um einen Projektierungskredit, so Meier. Selbstverständlich seien offene Fragen zu klären, was genau man wo genau und wie realisieren wolle.

Stephan Attiger: Noch weit weg von einem Projekt

Schliesslich verteidigte Landammann und Baudirektor Stephan Attiger spricht die Vorlage. Die ihr zugrunde liegende Mobilitätsstrategie sei ja vom Grossen Rat gutgeheissen worden. Jetzt geht es um eine Masterplanung für den Ostaaargau, um ein Gesamtverkehrskonzept, so Attiger weiter: «Wir wollen beispiels-

Während der Debatte um die Helis ging Grossrat Rotzetter in die Luft

Luftrettung Andre Rotzetter (Die Mitte) sprach von «Lobbying», Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati bat die Grossrätinnen und Grossräte, «dieses schwammige Postulat nicht zu überweisen». Therese Dietiker (EVP) wiederum versuchte, Rotzetter, der «im wahrsten Sinne des Wortes in die Luft gegangen war», wieder auf den Boden zu holen. Anlass für die emotionale Diskussion in der Umweltarena war ein überparteiliches Postulat, das die Regierung dazu aufforderte, «Leistungsvereinbarungen mit qualifizierten Luftrettungsunternehmen sowie eine überkantonale Koordination der Einsätze anzustreben». Der Regierungsrat lehnte das Postulat ab mit der Begründung, dass die Koordination zwischen der bodengebundenen Rettung und der Luftrettung aktuell sowieso diskutiert werde. Ausserdem funktioniere das innerkantonale Aufbieten des geeigneten Rettungsmittels über die kantonale Sanitätsnotrufzentrale 144 gut.

Grossrat Rotzetter sah dies genau gleich und konnte kein Verständnis für

die Forderung aufbringen. Im Gegenteil: «Die vielen Vorstösse in den letzten Jahren zum Thema Luftrettung haben nichts mit tatsächlich vorhandenen Problemen zu tun, sondern nur mit Lobbying», sagte er. Auch Regierungsrat Jean-Pierre Gallati versicherte, es gebe bei der Luftrettung keinen Wildwuchs und die Koordination sei klar geregelt.

Therese Dietiker, Jürg Knuchel (SP) und Hans-Peter Budmiger (GLP) sprachen sich für eine Überweisung des Postulats aus. Die GLP beispielsweise fand, es müsse geprüft werden, ob die Luftrettung im Aargau nicht nach dem Prinzip «Angebot schafft Nachfrage» funktionieren. Auch Dietiker ist der Meinung, dass es «klare Leistungsverträge» brauche, weil die Zahl der Luftrettungen im Aargau stark zugenommen habe (die AZ berichtete).

Die Argumente der Postulantinnen und Postulanten vermochten die Ratsmehrheit nicht zu überzeugen. Das Postulat wurde mit 85 zu 47 Stimmen nicht überwiesen. (nla)



in Spreitenbach im Pandemie-Modus.

Bild: Britta Gut

weise Velorouten zur Verfügung stellen, die es bisher nicht gibt. Das ist ein Quantensprung.» Der ÖV müsse priorisiert werden, das brauche Platz in den Zentren. Zur Entlastung müsse man motorisierten Individualverkehr aus den Zentren nehmen und diesem eine Alternative bieten.

Die Regierung sei überzeugt, im Raum Brugg eine gute Lösung gefunden zu haben. Hier könne man die Festsetzung beschliessen, meinte Attiger weiter. Natürlich müsse dies abgestimmt sein. Und mit Blick auf Ängster vieler, es könnten schon bald die Bagger auffahren, betonte er: «Wir sind noch weit weg von einem Projekt, wir werden im Grossen Rat noch mehrfach darüber sprechen.» Der Rat hiess schliesslich die Anträge der Regierung mit einer knappen 2/3-Mehrheit gut.

Darum geht es

Der Regierungsrat hat ein Regionales Gesamtverkehrskonzept Ostargau (bekannt als Oase) ausgearbeitet. Für den Raum Brugg ging es gestern um die Richtplan-Festsetzung für die geplante Veloinfrastruktur sowie die Zentrumsentlastung Brugg/Windisch. Für den Durchgangsverkehr ist ein Tunnel unter der Aare und Anschluss an die Südwestumfahrung Brugg/Windisch geplant. Ein Projektionskredit kommt aber erst etwa 2023/24. Im Raum Baden/Wettingen und im Siggenthal sind noch intensive Gespräche nötig über Vorschläge wie eine Umnutzung der Badener Hochbrücke, eine zusätzliche Limmatbrücke und anderes mehr. (mku)

Ratsnachrichten

Kein Gesamtarbeitsvertrag für das Gesundheitspersonal

Gesundheitswesen Der Grosse Rat will keinen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Gesundheitswesen im Kanton Aargau einführen. Die SP-Fraktion hatte die Regierung in einem Postulat aufgefordert, «alle Massnahmen zu ergreifen», um die Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen mit einem GAV zu verbessern. Weil das Pflegepersonal in Nachbarkantonen besser verdiene, verliere der Aargau Gesundheitspersonal, argumentierte Silvia Dell'Aquila. Die Mehrheit im Grossen Rat war aber der Meinung, dass ein GAV keine Verbesserung für das Pflegepersonal bringen würde. Das Postulat wurde mit 81:52 Stimmen nicht überwiesen. (zaz)

SP scheidet mit der Forderung nach mehr Arbeitsinspektoren

Covid-Kontrollen SP und CVP forderten den Regierungsrat in einem Postulat auf, die personelle Dotierung des Arbeitsinspektors zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Der Regierungsrat anerkannte zwar, dass die Ressourcen pandemiebedingt knapp seien, von einer Unterdotierung könne aber nicht gesprochen werden. Der Grosse Rat lehnte das Postulat mit 87 zu 40 Stimmen ab. (zaz)

Mehr Klarheit bei der Lohnentwicklung von Lehrern

Kantonspersonal Ein Postulat von EVP, SVP und EVP forderte mehr Klarheit bei der Lohnentwicklung von kantonalem Personal und Lehrpersonen. Die unterschiedlichen Lohnsysteme bei Lehrpersonen und kantonalem Personal könnten beim aktuell geltenden Lohnbeschluss ab 2023 zu grösseren Ungleichbehandlungen zwischen den beiden Gruppen führen. Die Beschlüsse über die Lohnveränderung sollen dem Grossen Rat also ab 2023 angepasst vorgelegt werden. Das Postulat wurde von den Ratsmitgliedern stillschweigend überwiesen. (zaz)

Die «schwarze Liste» säumiger Prämienzahler wird halbiert

Motion Eine Motion von FDP, SVP und Die Mitte wollte die Liste der säumigen Versicherten («schwarze Liste») optimieren. Der Regierungsrat wurde «aufgefordert, das Gesetz so zu ändern, dass bei offensichtlich zahlungsunfähigen Personen, die einen oder mehrere Verlustscheine erhalten haben, der Listeneintrag auf der Liste der säumigen Prämienzahler entfällt». Die Erwartung ist, dass sich die Anzahl Namen damit von rund 11000 auf noch etwa 5500 etwa halbieren würde.

Jürg Knuchel (SP) wehrte sich vehement gegen diese Forderung. Es gebe nur noch vier Kantone mit einer schwarzen Liste – darunter der Aargau. «Ein grundsätzlich schlechtes Instrument kann und soll nicht optimiert werden», sagte er und bat um Ablehnung. Die Liste sei unwürdig und spare keine Kosten, bekräftigte Lelia Hunziker (SP). Sie sei ein Pranger der Armen. Wenn man hier verbessern wolle, sei das verschlimmbessern.

Für die Motionäre widersprach Andre Rotzetter: Es gehe hier nicht da-

rum, die schwarze Liste abzuschaffen. Und sollte «Bern» beschliessen, schwarze Listen zu verbieten, müsse es auch eine Lösung vorschlagen, wie man mit Leuten umgeht, die ihre Prämien nicht bezahlen wollen. Die Motion hingegen wolle klar regeln, wie das Instrument verbessert werden kann. «Wer nichts dafür kann, dass er auf der Liste steht, muss von ihr gestrichen werden», sagte Rotzetter.

Unterstützung dafür gab es etwa auch von der EVP. Sie würde diese Liste zwar gern sofort abschaffen, aber wenn die Motion helfe, dass Menschen, die nicht auf die Liste gehören, davon wegkommen, sei dies ein Schritt in die richtige Richtung.

Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati bat auch darum, die vorgeschlagene Optimierung der schwarzen Liste zu ermöglichen. Eine Ablehnung würde zu einer Verstärkung des Missstandes (zu viele Leute auf der Liste) führen. Der Rat folgte Gallati und überwies die Motion mit 103:28 Stimmen. (nla/mku) *Kommentar Meinungsseite*

Aktivisten sagen Coronademos ab – einige geben nicht auf

Organisatoren wollen keine Verantwortung übernehmen, wenn trotzdem Leute kommen.

Protest Nach der Ablehnung ihrer Gesuche für eine Kundgebung in Aarau und Wettingen und der Zurückweisung ihrer Beschwerden sieht sich das «Aktionsbündnis Aarau-Zürich» gezwungen, die «Kundgebung für eine vernünftige Coronapolitik» abzusagen. Gleichzeitig kritisieren die Organisatoren in ihrer Medienmitteilung nochmals den Entscheid der Behörden, die Demonstrationen nicht zu bewilligen.

Die Behörden bewilligten die Demonstrationen in erster Linie nicht, weil die meisten Aktivisten die Maskenpflicht nicht einhalten würden, wie sich an früheren Kundgebungen gezeigt hat.

Es handle sich um eine «gezielte Verhinderung von politischen Tätigkeiten» im Hinblick auf eine Abstimmung. Die Aktivisten lehnen die Coronamassnahmen und das Covid-Gesetz ab, über das die Stimmberechtigten im Juni befinden.

Das Aktionsbündnis kündigt an, das Verbot der Demonstration in Wettingen vor Verwaltungsgericht, wenn nötig auch vor Bundesgericht anzufechten. Das kommt zwar für die geplante Demo vom nächsten Samstag zu spät. Aber die Aktivisten streben einen Grundsatzentscheid

zu den Fragen des Demonstrationsrechts «in Notrechtszeiten» sowie den Umfang von Pflichten der Veranstalter an.

Aaraus Stadtpräsident rechnet mit Demonstration

Die offizielle Absage der nicht bewilligten Kundgebungen in Aarau und Wettingen garantiert aber noch nicht, dass es am Samstag nicht trotzdem zu illegalen Demonstrationen kommt. Das wissen auch die Organisatoren. Präventiv distanzieren sie sich in ihrer Mitteilung: Das Bündnis habe weder Verantwortung für noch Einfluss auf die Reaktion von «mündigen Schweizer Bürgerinnen und Bürgern auf das Verbot einer direktdemokratischen politischen Veranstaltung».

Prompt hat sich bereits eine anonyme Gruppe mit einem YouTube-Video gemeldet, die aufruft am Samstag nach Aarau zu kommen, um auf dem Tellring zu protestieren. Auch Aaraus Stadtpräsident Hanspeter Hilfiker rechnet damit, dass Personen nach Aarau kommen. Die Kantonspolizei sagt auf Anfrage, sie wolle zur Einsatztaktik keine Auskunft geben und überprüfe die Lage laufend. (az)

Nachrichten

Drei Verletzte bei Frontalkollision

Rheinfelden Ein 25-jähriger Autofahrer geriet gestern Vormittag auf die Gegenfahrbahn und verursachte eine Frontalkollision sowie einen Folgeunfall. Drei Personen mussten verletzt ins Spital gebracht werden. Die Staatsanwaltschaft eröffnete eine Strafuntersuchung gegen den Unfallverursacher. Die Strecke in Rheinfelden Richtung Magden war für rund zwei Stunden gesperrt. (az)

Videokamera überführt Handydieb am KSA

Aarau Beim Kantonsspital Aarau (KSA) hat ein Jugendlicher einer Frau das Handy entwendet. Der Sicherheitsdienst des Spitals hat dies aufgrund der Videoüberwachung gemerkt und der Kantonspolizei gemeldet. Anhand der Bilder konnten ein 15-jähriger Algerier gefasst und eine Strafuntersuchung eröffnet werden. Von der älteren geschädigten Dame fehlt aber noch jede Spur. Sie hat den Diebstahl möglicherweise noch nicht bemerkt. Die Frau trug eine beige Windjacke, helle Hosen, weisse Turnschuhe und eine Umhängetasche. (az)

Frühmorgens mit Alkohol gegen Pfosten gefahren

Oberentfelden Ein 35-jähriger Eritreer hat alkoholisiert einen

Selbstunfall verursacht. Kurz vor 6 Uhr morgens prallte er auf der Köllikerstrasse gegen einen Pfosten sowie ein Eisenstangenkonstrukt. Ein Atemtest ergab einen Wert von 0,7 Promille. Es wurde eine Anzeige eröffnet und ein Fahrverbot gegen den Unfallfahrer ausgesprochen. (az)

Vandalen beschädigten Bushaltestelle

Densbüren Über das vergangene Wochenende wurde die Bushaltestelle in Densbüren, beim Abzweiger Asp stark beschädigt. Es wurden sämtliche Scheiben sowie ein Aschenbecher malträtirt. Die Kantonspolizei sucht Augenzeugen. (az)

Ausweichmanöver führte zu Selbstunfall

Windisch Eine 71-jährige Autolenkerin musste am Montag kurz vor 13 Uhr einem unbekanntem Fahrzeug ausweichen und verursachte dabei einen Selbstunfall. Der beteiligte Autolenker fuhr, ohne sich um den Schaden zu kümmern, weiter. Verletzt wurde niemand. Am Auto entstand grosser Sachschaden. Der Unfallbeteiligte wird nun gesucht. Die Kantonspolizei Aargau bittet Personen, welche Angaben zum gesuchten Auto (einem dunklen Kleinwagen) oder zum Unfallhergang machen können, sich zu melden. (az)